1 D 3417 D

türkei infodienst

Nr. 100 ERSCHEINT 14-TÄGIG 28. Januar 1985

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Türkiye Postasi vom 11.01.1985

Brief von Hidir Aslan im Angesicht des Galgen

Ein Teil der Titelseite und fast die komplette 3. Seite der Exilzeitung 'Türkiye Postasi' sind dem Schicksal von Hidir Aslan gewidmet, der am 25. Oktober 1984 hingerichtet wurde. Neben dem Brief an seinen Bruder, den er 10 Minuten vor seiner Hinrichtung schrieb, sind auch Einzelheiten über den juristischen und politischen Hintergrund des Todesurteils zu finden. Wir geben aus beiden Teilen Auszüge wieder. Hier zunächst Passagen aus dem Brief:

"Ich finde es überflüssig, große Worte zu machen. Alles muß wie unser Leben offen und einfach sein. Wenn das Leben ein Lied ist, so habe ich versucht, es auf die beste Weise zu singen. Es werden auch Tage kommen, an denen Lieder des Sieges gesungen werden... An diesen schönen Tagen werde ich wieder bei Euch sein... Wenn der Tod einen Sinn hat, dann ist er genau so schön wie das Leben... Wenn ich auch nicht alles habe machen können, was ich hätte tun können, so werden doch neue Menschen aus dieser Erde hervorsprießen, die diese Aufgabe übernehmen... Seid stark und haltet den Kopf hoch."

Über den Hintergrund des Todesurteiles wird folgendermaßen berichtet:

Wir gehen fünf Jahre zurück bis zum Februar 1980. Die Arbeiter von Taris in Izmir haben einen Streik begonnen, um gegen die Entlassung ihrer Kollegen zu protestieren. Um diesen Widerstand zu brechen, wird am 16.02.1980 in Gültepe eine Operation durchgeführt. Dabei wird ein Polizist getötet. Es ist unklar, wer den Polizisten umgebracht hat. Im Zusammenhang mit dieser Operation werden vier Personen verhaftet, unter ihnen Hidir Aslan. Gegen sie wird vor dem Militärgericht in Izmir ein Verfahren eröffnet.

Inzwischen hat der Putsch stattgefunden. Das Verfahren endet am 29.07.1981. Alle Angeklagten werden zum Tode verurteilt, obwohl kein Beweismittel dafür vorliegt, daß einer von ihnen der Mörder des Polizisten sein könnte. Im Todesurteil von Hidir Aslan wird auch nicht auf den Mord an dem Polizisten eingegangen. Es gibt zwei Gründe für sein Todesurteil. Einmal soll er der Verantwortliche von Dev-Yol für Izmir sein, und zweitens soll er in dieser Funktion für die gewaltsame Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung gearbeitet haben.

Bislang war ein Todesurteil für jemanden, der nicht in einen Mordfall verwickelt war, kaum denkbar. Hinzu kommt, daß im Zusammenhang mit weiteren Verfahren ganz andere Personen als Verantwortliche der Organisation Dev-Yol für Izmir bezeichnet werden. Dennoch wird das Todesurteil gegen Hidir Aslan durch den militärischen Kassationsgerichtshof am 06.10.1982 bestätigt. Durch die allgemeinen Wahlen vom 6. November 1983 wird seine Hinrichtung noch einmal hinausgezögert, das neugewählte Parlament aber verabschiedet die Hinrichtungsakte in einer Blitzaktion zu einer Zeit als in Türkei-Kurdistan die Operation mit aller Stärke durchgeführt werden. Als einziger Parlamentarier wendet sich der HP-Abgeordnete aus Samsun, Hasan Altay, gegen die Hinrichtung. Als Begründung führt er aus, daß Hidir Aslan in keinen Mordfall verwickelt sei. Aber Staatspräsident Kenan Evren hat am 03.10.1984 bei einer Rede in Mus die Losung ausgegeben: "Sollen wir solche Leute etwa lebenslänglich ernähren, anstatt sie aufzuhängen?" Am gleichen Tage wird das Todesurteil durch die Rechtskommission und die Vollversammlung des Parlamentes verabschiedet.

Als letztes Mittel versucht der Anwalt von Hidir Aslan, Fehmi Cam, am 05.10.1984 noch einmal die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen. Ein neuer Zeuge wird benannt. Es ist Faruk Öztoker, der zur Zeit der Vorfälle von Gültepe Staatsanwalt war. Er ist bereit, mündlich sein Wissen vor Gericht preiszugeben. Diese Bereitschaft hat er schriftlich bekundet. Aber auch dieser Einsatz ist zum Scheitern verurteilt, so daß Hidir Aslan schließlich am 25. Oktober 1984 in der geschlossenen Haftanstalt von Burdur gegen 06.25 Uhr hingerichtet wird. Hidir Aslan war zu diesem Zeitpunkt gerade 26 Jahre.

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 50 Menschen hingerichtet (darunter 27 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

12.01.85	Yasar Keri, Hanifi Yilmaz, Cemal Miran KAWA	in Diyarbakir
17.01.85	Dursun Ali Kücük	in Erzurum
	Er wird lediglich als Linker bezeichnet, tid.	
23.01.85	Mehmet Bulgar	in Edirne
	Dieses Todesurteil stammt aus einem Verfahren wegen Schmuggel und erfolgte vor einem zivilen Gericht.	

Seit der Ausrufung des Kriegsrechtes wurden in der Türkei 489 Todesstrafen verhängt.

Bestätigungen

Cumhuriyet vom 16.01.1985

6 Todesstrafen in der Revision bestätigt

Der militärische Kassationsgerichtshof hat aus dem Verfahren PKK, Gruppe Birecik, mit 62 Angeklagten und dem Urteil von April 1983 6 von 7 Todesstrafen bestätigt. Bei 10 Angeklagten wurde ein erneutes Verfahren angeordnet. Die bstätigten Todesurteile betreffen folgende Angeklagte: Ahmet Ögretmen, Kemal Toksöz, Mustafa Cepin, Salih Sezgi, Hasan Cepin und Musa Aslan.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

28.12.84	3 Linke	in Diyarbakir

10.01.85	30 Linke	in Diyarbakir
21.01.85	1 Unpolitischer	in Ankara

Seit dem 12.09.1980 wurde in 6.187 Fällen die Todesstrafe beantragt.

d) PROZESSE

Tercüman vom 12.01.1985

Das KAWA-Verfahren mit 329 Angeklagten ging zu Ende

Vor dem Militärgericht in Diyarbakir ging das Verfahren gegen die illegale, separatistische Organisation KAWA mit 329 Angeklagten zu Ende. Das Verfahren hatte im Jahre 1981 begonnen. Unter dem Vorwurf, ein Teil des Staats abzuteilen und eine marxistisch-leninistische Ordnung zu errichten, zu diesem Zweck eine bewaffnete Bande gebildet und verschiedene Aktionen durchgeführt zu haben, wurden drei der Angeklagten zum Tode ein Angeklagter zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt.

Milliyet vom 12.01.1985

Mit 30 geforderten Todesstrafen wurde ein Schlußstrich unter die Ostoperation gesetzt

Im Zusammenhang mit den Vorfällen vom Südosten, die mit den Überfällen von Eruh und Semdinli am 15. August 1984 begannen, werden 84 Angeklagte am 21. Januar vor Gericht gestellt. Gegen 30 von ihnen hat der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt. In der Anklageschrift ist davon die Rede, daß sich die Organisationen PKK, KAWA, KDP und IKDP angenähert haben und seit dem Jahre 1982 in Syrien, dem Irak und dem Iran, im Libanon und in nordafrikanischen Ländern damit begonnen haben, Militante in Lagern auszubilden. Eine solche Ausbildung habe 7 Monate gedauert. Gleichzeitig habe man mit Organisationsangehörigen in der Türkei Kontakte gepflegt. Von Adiyaman aus sei vor allem Presse- und Propagandaarbeit geleistet worden.
Schließlich habe man beschlossen, eine Strategie der bewaffneten Propaganda zu verfolgen, um im Osten ein befreites Gebiet herzustellen. Schließlich seien ca. 100 Angehörige des militärischen Flügels HRK über die Kürsü-Berge nach Eruh, 60 Angehörige nach Semdinli eingedrungen und hätten die Aktionen dort durchgeführt.
Neben den geforderten 30 Todesstrafen hat der Staatsanwalt außerdem wegen Verstößen gegen das Paßgesetz, Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande und Schmuggelei gegen 33 Angeklagte Strafen von 10 Jahren, gegen 21 Angeklagte Strafen zwischen 3 und 5 Jahren beantragt.

Cumhuriyet vom 12.01.1985

Der Freispruch von Ciftci ist rechtskräftig geworden

Der Freispruch von Ibrahim Ciftci, der wegen des Mordes an dem stellvertretenden Staatsanwalt Dogan Öz zuvor vier Mal zum Tode verurteilt worden war, ist endgültig rechtskräftig geworden. Nach dem Einspruch des Nebenklägers Veli Devecioglu beschloß die erste Kammer des militärischen Kassationsgerichtshofes, daß der bestätigte Freispruch des Militärgerichts Nr. 1 von Ankara rechtsmäßig sei.

Hürriyet vom 14.01.1985

In 6 Jahren gingen 12.202 Verfahren zu Ende

In den 6 Jahren seit Ausrufung des Kriegsrechts wurden durch die Militärgerichte der Kriegsrechtskommandantur Istanbul 12.202 Verfahren abgeschlossen. Von den 1395 verurteilten Angeklagten erhielten 74 Angeklagte eine Todesstrafe, 80 wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Derzeit werden noch 371 Verfahren durchgeführt.
In der gleichen Zeit wurden 40.774 Personen in Polizeihaft genommen. Von ihnen wurden 12.491 Personen in Untersuchungshaft genommen. Derzeit befinden sich noch 1635 Personen in Untersuchungshaft.
Des weiteren wurden in dieser Zeit in 278 Fällen Ermittlungen wegen Foltervorwürfen durchgeführt. Von ihnen wurden 26 mit einer Anklage abgeschlossen. In den Verfahren wurde ein Angeklagter verurteilt, 17 Angeklagte wurden freigesprochen. Derzeit finden noch 4 Verfahren mit Foltervorwürfen statt.

Tercüman vom 15.01.1985

Freispruch für 12 Polizisten bestätigt

Die Kammerversammlung des militärischen Kassationsgerichtshofes hat den Freispruch für 12 Polizisten, denen der Tod des TDKP-Angehörigen Ibrahim Eski durch Folter zur Last gelegt worden war, bestätigt.

Cumhuriyet vom 15.01.1985

Das TKEP-Verfahren steht vor dem Abschluß

Das Verfahren gegen 55 Angeklagte der Kommunistischen Arbeiterpartei der Türkei, TKEP, vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul steht vor dem Abschluß. Das Urteil soll in der Verhandlung am 23.01.1985 verkündet werden. In seinem Plädoyer vom 14. Dezember 1984 hat der Militärstaatsanwalt für 43 Angeklagte Strafen zwischen 1 und 24 Jahren gefordert, 11 Angeklagte sollen freigesprochen werden und in einem Fall soll das Verfahren eingestellt werden.

Cumhuriyet vom 16.01.1985

Gegen Nazli Ilicak werden bis zu 3 Jahren Haft gefordert

Wegen der Kolumne mit dem Titel 'Demokratiediskussion im Rat' vom 25.11.1984 wurde gegen die Journalistin Nazli Ilicak und den Chefredakteur Yüksel Bastunc von der Zeitung Tercüman ein Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, die Praktiken des Nationalen Sicherheitsrates schlecht gemacht zu haben. Da gegen Nazli Ilicak schon einmal eine Strafe von 3 Monaten verhängt wurde, beantragte der Staatsanwalt, daß dieses Mal die Mindeststrafe nicht 3, sondern 9,5 Monate betragen solle.

Cumhuriyet vom 16.01.1985

Ein Militanter: Ich habe der Polizei bei Mißhandlungen geholfen

Im Verfahren gegen 7 Personen, denen der Mord an dem Priester von Üsküdar zur Last gelegt wird und gegen die in allen Fällen die Todesstrafe beantragt wird, wurde vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul der Zeuge Sabahattin Zorlu vernommen, der selber als Militanter von TIT (Türkische Rachebrigade) angeklagt ist.
Der Zeuge gab an, mit dem Vorfall nichts zu tun zu haben. Er sei aber zusammen mit dem Angeklagten Turgay Tas bei der politischen Polizei in Gayrettepe gewesen. Er habe der Polizei geholfen, weil sie kein Geständnis aus dem Angeklagten herausbekommen konnten. Man habe ein Geständnis von Turgay Tas gebraucht, um den

weiteren Angeklagten Ömer Arli zum Sprechen zu bringen. Dazu habe er geholfen, als man Turgay Tas an den Armen aufgehängt habe, so daß seine Füße den Boden nicht mehr berrührten. Er selber habe die Seile festgebunden. Danach sei es möglich gewesen, von Turgay Tas ein Geständnisschreiben zu bekommen.
Der Zeuge gab weiter an, der Polizei auch dann geholfen zu haben, wenn es um die Beaufsichtigung von Gefangenen ging, die zur Toilette mußten.

Milliyet vom 17.01.1985

Todesurteil gegen einen Linken in Erzurum

Vor dem Militärgericht in Erzurum endete ein Verfahren, in dem es um den Vorwurf eines Mordes aus ideologischen Gründen (um ein marxistisch-leninistisches System zu errichten) ging. 2 der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Unter Berücksichtigung seines Alters wurde ein Angeklagter anstelle mit dem Tode mit einer 25-jährigen Haftstrafe belegt. 4 weitere Angeklagte erhielten jeweils eine 10-jährige Haftstrafe.

Cumhuriyet vom 17.01.1985

Strafanzeige gegen den MDP'ler Altunakar

Der Abgeordnete der MDP aus Diyarbakir und Kassenwart der Partei der Nationalistischen Demokratie, Mahmut Altunakar, hat nun ein Verfahren zu erwarten, da die Staatsanwaltschaft in Kütahya Strafanzeige gestellt hat, weil er dort gesagt haben soll, daß man den Staat den Unternehmen übergeben habe. An den Präsidenten des Parlamentes wurde ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten gestellt.

Tercüman vom 18.01.1985

Im MHP-Verfahren sollen Korutürk, Demirel und Ecevit als Zeugen aussagen

In einem 30-seitigen Antrag haben die Anwälte im MHP Verfahren beantragt, daß Verfahren zu erweitern und Politiker aus der Zeit vor 1980 als Zeugen zu vernehmen. Bei den Politikern handelt es sich um den ehemaligen Staatspräsidenten Fahri Korutürk, die ehemaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, Süleyman Demirel und die Politiker Ihsan Sabri Caglayangil, Cahit Karakas, Necmettin Erbakan, Turhan Feyzioglu, Osman Bölükbasi, Faruk Sükan und Oguzhan Asiltürk. Das Gericht wird über diesen Antrag in der Sitzung am 22.01.85 entscheiden.

Milliyet vom 18.01.1985

Einspruch gegen die Haft der Angeklagten der Friedensvereinigung wurde abgelehnt

Durch die Kammerversammlung des militärischen Kassationsgerichtshofes wurde der Einspruch der Anwälte aus dem Verfahren 1 gegen die Friedensvereinigung und die dort verhängten Untersuchungshaftanordnungen abgelehnt. In der Begründung heißt es, daß die Angeklagten in erster Instanz zu einer Strafe von jeweils 8 Jahren verurteilt worden sind. Diese Strafe betrifft 12 Leiter der Vereinigung, die seit dem 14.11.83 in Haft sind.

Milliyet vom 18.01.1985

KAWA-Verfahren in Istanbul

Im Verfahren gegen 45 Angeklagte der KAWA mit geforderten 13 Todesstrafen wurde ein Angeklagter aus der Haft entlassen. In dem Verfahren waren noch 13 Angeklagte in Haft. Das Verfahren wurde auf den 11. Februar vertagt.

Milliyet vom 18.01.1985

Das Akdere Dev-Yol Verfahren

Im Verfahren von Akdere Dev-Yol vor dem Militärgericht in Ankara wurde mit den Plädoyers der Verteidiger fortgefahren, In dem Verfahren sind 49 Personen angeklagt. In einem Fall wird Todesstrafe gefordert, gegen 28 Angeklagte hat die Staatsanwaltschaft Strafen zwischen 5 und 15 Jahren beantragt und für 16 Angeklagte wird Freispruch gefordert.

Cumhuriyet vom 18.01.1985

21 Lehrer wurden zu je 2 Monaten Haft verurteilt

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul ging ein Verfahren gegen 32 Lehrer zu Ende, denen ein Boykott aufgrund der Vorfälle von Kahramanmaras zur Last gelegt worden war. 21 der Angeklagten wurden zu einer Haftstrafe von jeweils 2 Monaten, einer Geldstrafe von jeweils 500 TL verurteilt. Weiterhin wurde den Lehrern die Berufsausübung für 2 Monate untersagt. 10 Lehrer wurden freigesprochen und in einem Fall wurde das Verfahren eingestellt.

Cumhuriyet vom 19.01.1985

8 Haftentlassung im Dev-Yol Verfahren von Istanbul

Im Verfahren gegen 337 Angeklagte von Dev-Yol vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wurden 8 Angeklagte aus der Haft entlassen. Gegen 2 dieser Angeklagten war die Todesstrafe beantragt worden. Durch die Haftentlassungen hat sich die Zahl der Untersuchungshäftlinge in diesem Verfahren auf 114 reduziert. Das Verfahren wurde auf den 24. Januar vertagt.

Cumhuriyet vom 19.01.1985

Freispruch für den Ex-Bürgermeister von Gültepe wurde aufgehoben

Der militärische Kassationsgerichtshof hat den Freispruch des Militärgerichts Nr. 1 von Izmir für den ehemaligen Bürgermeister von Gültepe, Aydin Erten, aufgehoben, so daß er nun erneut vor das Gericht muß. Aydin Erten war wegen einer Rede anläßlich der Kommunalwahlen angeklagt worden.

Cumhuriyet vom 20.01.1985

Freispruch wegen einer brieflichen Straftat

Das ehemalige Mitglied des Idealistenvereines, Sevkat Cetin, dem vorgeworfen worden war, im Militärgefängnis Mamak einen Brief an seine Freunde geschrieben zu haben, in dem er davon sprach, daß die Hände, die uns in das Gefängnis gebracht haben, eines Tages gebrochen werden, wurde nun freigesprochen.

Cumhuriyet vom 20.01.1985

"Der Platz der Zigeuner in der Gesellschaft steht im Widersrpuch zu den Menschenrechten und der Verfassung"

In einem Mordfall hat der vorsitzende Richter am Strafgericht von Canakkale gegen das Urteil gestimmt und dazu im wesentlichen die soziale Situation der Zigeuner

verantwortlich gemacht. In dem Verfahren ging es um den Mord an einem Taxifahrer, der die Frau eines Zigeuners, der mit ihr gemeinsam das Taxi benutzte, belästigt hatte.
In der Begründung der Urteilsablehnung führte der Richter Sahin Kocer aus, daß die Zigeuner in der Gesellschaft nicht nur in getrennte Stadtteile abgedrängt und niedrige Arbeiten verrichten müßten, sondern daß man sie dann auch noch in einem angemieteten Auto so behandele, als wären ihre Frauen käuflich. Das sei für den Mord ausschlaggebend gewesen. Leider müsse man feststellen, daß die Situation der Zigeuner in der Gesellschaft weder mit den Menschenrechten noch mit der Verfassung in Einklag zu bringen sei.

Cumhuriyet vom 22.01.1985

Aziz Nesin: Ich werde für die Neugründung einer Friedensvereinigung arbeiten

Im Verfahren 2 gegen die Friedensvereinigung vor dem Militärgericht Nr. 2 in Istanbul wurde mit der Befragung der Angeklagten fortgefahren. In seiner Vernehmung sagte der Vorsitzende der Schriftstellergewerkschaft, Aziz Nesin, daß er sich im Rahmen der Gesetze für eine Neugründung der Friedensvereinigung einsetzen wolle. Er habe auch die Gründung eines Nazim Hikmet Institutes betrieben, damit aber keinen Erfolg gehabt. Man müsse sich mit solchen Dichtern als Nation loben. Er habe weder sowjetische noch kommunistische Propaganda betrieben, da er als Schriftsteller zu den Ländern wir Sowjetunion oder USA keine Stellungnahme abzugeben habe. Es gebe aber nur ein Land, in dem der Frieden angeklagt werde und das sei die Türkei. Das gestrige Verfahren wurde durch den Vorsitzenden der Friedensvereinigung, Mahmut Dikerdem, und den Vorsitzenden der Internationalen Menschenrechtsvereinigung, Antoine Sangeneni, verfolgt.

Cumhuriyet vom 22.01.1985

Das Südost-Verfahren mit beantragten 30 Todesstrafen hat begonnen

Vor dem Militärgericht in Diyarbakir hat das Verfahren gegen 84 Angeklagte der Befreiungseinheit der PKK gestern begonnen. Von den 84 Angeklagten befinden sich 72 in Haft. Neben 5 Anwälten nahmen noch 23 Zuschauer an der Verhandlung teil. Bei der Aufnahme der Personalien brauchten viele Angeklagten einen Dolmetscher. Es wurde auch festgestellt, daß viele von ihnen nicht lesen und schreiben können.
Nach der Aufnahme der Personalien wurde die 51 Seiten umfassende Anklageschrift verlesen. In der Anklageschrift heißt es, daß die PKK sich der Demokratischen Partei von Kurdistan, der KAWA, KUK, Ali Rizgari angenähert habe. Im August 1984 habe man beschlossen, mit militärischen Aktionen zu beginnen und zwischen dem 15.08.84 und 18.12.84 insgesamt 34 Aktionen durchgeführt. Der Militärstaatsanwalt gab an, daß gegen 29 Verdächtige das Verfahren eingestellt wurde. Gegen 30 Angeklagte wird die Todesstrafe beantragt, die anderen 54 Angeklagten müssen wegen Gewährung von Unterschlupf, Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande und Verstößen gegen die Kriegsrechtsbestimmungen mit Strafen zwischen 5 und 15 Jahren rechnen.

Milliyet vom 23.01.1985

Schriftsteller wurden freigesprochen

Gestern erging das Urteil im Verfahren gegen 18 Funktionäre und ein Mitglied der Schriftstellergewerkschaft der Türkei vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul. Das Verfahren hatte am 05.01.1983 begonnen.Die Angeklagten wurden wegen der Straftaten nach den §§ 141 und 142 türkisches Strafgesetz freigesprochen. Wegen des Vorwurfes gegen das Vereinsgesetz mit der Nummer 1630 verstoßen zu haben, entschied das Gericht auf Nichtzuständigkeit.

Cumhuriyet vom 23.01.1985

Kutlar, Öngören und Ergüder wurden freigesprochen

Vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul wurden die Journalisten Onat Kutlar, Mahmut Tali Öngören und die Chefredakteurin der Zeitschrift 'Video-Sinema' freigesprochen, da die subjektiven Voraussetzungen der Straftat nicht erfüllt seien.

Cumhuriyet vom 23.01.1985

Eine Todesstrafe, zwei Mal lebenslänglich

Vor der 1. Strafkammer in Edirne wurde in einem Verfahren gegen 4 Angeklagte das Urteil verkündet. Den Angeklagten war die illegale Ausfuhr von 191 kg Haschisch im Jahre 1981 zur Last gelegt worden. Die Aussagen der in Salzburg aufgegriffenen 2 Täter hatten Mehmet Bulgar als Hauptschuldigen bezeichnet. Er wurde zum Tode verurteilt. Die anderen zwei Täter erhielten jeweils eine lebenslängliche Haftstrafe. Bei einem vierten Täter, der bislang nicht gefaßt werden konnte, faßte das Gericht keinen Beschluß.

Cumhuriyet vom 24.01.1985

Das Südost-Verfahren

Das Verfahren gegen 84 Angeklagte im Zusammenhang mit den Vorfällen im Südosten wurde vor dem Militärgericht in Diyarbakir fortgeführt. Die Pressevertreter erhielten keine Gelegenheit, Fotos zu machen. Es nahmen drei Anwälte und 6 Zuschauer an der Verhandlung teil.
Bei der Vernehmung der ersten zwei nicht inhaftierten Angeklagten stellte sich heraus, daß sie mit den erwähnten Organisationen nichts zu tun hatten. Ein Angeklagter lehnte seine polizeiliche Aussage ab, akzeptierte aber die staatsanwaltliche Aussage. Ein weiterer Angeklagter, dessen Fotos in dem Apparat der tot festgenommenen Ali Riza Sönmez und Fatih Alagöz sichergestellt worden war, sagte zu diesem Vorfall, daß eines Tages zwei Männer in ihr Dorf gekommen seien und ihre Ausweise mitnehmen wollten. Als man ihnen die Herausgabe verweigerte, hätten sie Fotos von ihnen gemacht und gesagt, daß man sie töten werden, wenn sie sie denunzieren würden.
Auf die Frage des Richters, warum man den Vorfall nicht gemeldet habe, sagte der Beschuldigte, daß vor 3-4 Jahren einmal jemand aus dem Nachbardorf für die Verhaftung von einem Terroristen gesorgt habe und dafür später umgebracht worden sei.

Cumhuriyet vom 24.01.1985

Das TKEP-Verfahren ging zu Ende: 29 Freisprüche und 23 Verurteilungen

Das Verfahren mit 54 Angeklagten der Kommunistischen Arbeiterpartei der Türkei, TKEP, vor dem Militärgericht Nr. 1 wurde mit dem Urteil abgeschlossen. 23 Angeklagte wurden zu Strafen zwischen 3 Monaten und 10 Jahren verurteilt, 2 Angeklagte erhielten Geldstrafen von jeweils 2000 TL und 29 Angeklagte wurden freigesprochen.

e) VERHAFTUNGEN

In Ankara wurden 34 Angehörige der PKK verhaftet. Es wurde festgestellt, daß sie die Organisation DDKD im Jahre 1982 in eine illegale Vereinigung verändert hatten und mit der armenischen Terrororganisation ASALA zusammengearbeitet haben. Gleichzeitig haben sie mit der sowjetorientierten TKP, TIP und TSIP zusammengearbeitet. (Milliyet vom 16.01.1985)

Bei dem türkisch-bulgarischen Grenzübergang wurden 5 Personen mit gefälschten Pässen verhaftet. Die Verhöre von 4 Verhafteten dauern noch an (Hürriyet vom 17.01. 1985).

In Ankara wurden 30 Angehörige von Dev-Yol verhaftet, unter ihen ein Ingenieur, ein Assistent und ein Anwalt (Milliyet vom 20.01.1985).

Kemal Sarikaya, der wegen der Vorfälle vor dem 12.09. 1980 in Aybasti zu einer Haftstrafe von 25 Jahren verurteilt worden war, wurde in seiner Wohnung verhaftet (Hürriyet vom 23.01.1985).

f) FOLTER, MORD ...

Cumhuriyet vom 20.01.1985

HP: In den Gefängnissen wird gefoltert

In einer Pressemitteilung der Zentrale der Populistischen Partei, HP, heißt es, daß die Untersuchungs- und Strafhäftlingen in den Gefängnissen unmenschlichen Bedingungen unterworfen sind. In der Erklärung mit der Unterschrift des stellvertretenden Generalsekretärs Edip Ozgenc heißt es weiter:

"Die Untersuchungs- und Strafhäftlinge in den bestehenden Haftanstalten der Türkei sind weit von menschlichen Lebensbedingungen entfernt.. Die Behandlung durch die Gefängnisleitung bringt die Gefangenen ständig gegen die Herrschaft auf. Die Gefangenen werden gefoltert und ihnen werden ihre juristischen Rechte vorenthalten. Ohne Medizin und nackt läßt man sie seit Jahren keinen Besuch von ihren Familien oder den Anwälten empfangen. Aus diesem Grunde kommt es häufig zu Hungerstreiks, die von der Leitung nicht genügend beachtet werden und den Hungertod der Häftlinge hervorrufen kann. Wir fordern die Regierung, die in Bezug auf eine Amnestie keine ernsthafte initiative unternimmt, sich augenblicklich dieser Situation anzunehmen und Lösungen zu finden."

Cumhuriyet vom 22.01.1985

Würgekampf bei der Polizei: 1 Polizist und 1 Organisationsangehöriger tot

Bei einem Würgekampf zwischen einem Polizisten und einem Organisationsangehörigen, der gestern zur Vernehmung auf das Polizeipräsidium in Istanbul gebracht wurde, ist ein Polizist gefallen, ein weiterer wurde verletzt. Der Organisationsangehörige verstarb an dem Tatort.

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 10.01.1985

HP'ler Oksay: Mehr als 100.000 Personen sind durch die Kriegsrechtskommandanturen entlassen worden

Der Abgeordnete der Populistischen Partei, HP, aus Ankara, Seyfi Oktay, hat die Regierung aufgerufen, eine Änderung des § 3 im Gesetz mit der Nummer 1402 (Kriegsrecht) in die Wege zu leiten. Er sagte, daß mindestens 100.000 Beamte aufgrund dieses Gesetzes von den Kriegsrechtskommandanturen aus dem Dienst entlassen worden sind. Eine Bestrafung sei aber Sache der Gerichte und keine verwaltungsmäßige Anordnung. Aus diesem Grunde müsse hier eine juristische Sicherheit geschaffen werden.

Tercüman vom 14.01.1985

Die Strafe für 9 ehemalige Politiker wurden aufgehoben

Das Verwaltungsgericht Nr. 3 in Ankara hat beschlossen, daß das Politikverbot für die Fraktionsvorsitzenden der Regierungspartei AP und der Hauptoppositionspartei CHP vor dem 12.09.1980 im Parlament und im Senat nicht rechtens sei. Das Verfahren war durch den Fraktionsvorsitzenden der CHP im Senat, Orhan Vural, angestrengt worden. Nach dem Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates vom 29.04.1983 sollten diese Personen auch unter das Politikverbot von 10 Jahren fallen. Es war damals so argumentiert worden, daß die Fraktionsvorsitzenden auch zu den zentralen beschlußfassenden Organen der Partei gehören. Nach diesem Beschluß wird nun das Politikverbot für 9 Politiker wieder aufgehoben.

Cumhuriyet vom 17.01.1985

119 Dörfer bereiten sich auf die Vertreibung vor

Zum ersten Mal in der Geschichte der türkischen Republik wird eine ganze Kreisstadt von der Bildfläche verschwinden. Im Zusammenhang mit dem Bau des Staudammes Atatürk und dem Stromwerk werden 1,8 Millionen ha. unter Wasser geraten. Neben der Kreisstadt Samsat in der Provinz Adiyaman sind auch die Bewohner von 119 Dörfern betroffen. die insgesamt 60.000 Menschen sollen im Frühjahr in das Dorf Denizkent bei Söke in der Provinz Aydin umgesiedelt werden.

Cumhuriyet vom 20.01.1985

Das Justizministerium verteilte Listen mit verbotenen Büchern an die Buchläden

Durch das Justizministerium werden Listen der verbotenen Publikationen gegen Unterschrift an die Buchläden verteilt. Hierin befinden sich etwa 1500 Titel jener Publikationen aus dem In- und Ausland, deren Einfuhr, Vertrieb und Erwerb verboten ist. Die Liste wird von 346 türkischen Werken angeführt, bei denen die genauen Daten aufgeführt sind. Es handelt sich bei den verbotenen Listen um Kabinettsbeschlüsse nach dem § 31 des Pressegesetzes.

Milliyet vom 23.01.1985

Eldem: Die Erziehung der Militanten ist ein großes Problem

Das Symposium des Justizministeriums und des Generalsstab zur Rehabilitation der Terroristen in der Türkei wurde gestern eröffnet. An diesem Symposium nehmen auch viele ausländische Terrorspezialisten teil. Es soll drei Tage dauern. In der Eröffnungsrede sagte der Justizminister Necat Eldem, daß es die wesentliche Aufgabe der Strafthaft sei, die Menschen wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Nachdem er auf die Situation des Terrors in der Welt aufmerksam gemacht hatte, sagte er zu der Lage des Anarchismus in der Türkei, daß mit Datim vom 01.12.1984 41.952 Personen

vor den Militärgerichten abgeurteilt worden seien und daß bei 28 Verurteilten das Todesurteil vollstreckt worden sei. Derzeit befänden sich noch 5620 Verdächtige in Untersuchungshaft. Mit ihnen seien 550 Menschen angeklagt, die nicht in Haft seien. Bei vielen müßte man aufgrund der Höhe der Strafe damit rechnen, daß sie sofort wieder in die Gesellschaft eintreten. Derzeit befänden sich 6827 wegen Anrchie und Terror verurteilter Personen in zivilen Gefängnissen.

VERBOT VON WÖRTERN

Am 10. Januar 1985 wurde in den Medien gemeldet, daß die staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten der Türkei den Gebrauch von 205 Begriffen verboten haben. Diese Verbotsliste betrifft einerseits ausschließlich das TRT (Rundfunk- und Fernsehen), soll aber natürlich eine Wirkung auch auf andere gesellschaftliche Bereiche haben. Um den Hintergrund dieser Maßnahme verstehen zu können, müssen zunächst einige Worte zu der Entwicklung der türkischen Sprache seit Atatürk gemacht werden.
Mustafa Kemal Atattürk, als Gründer der Republik, hat für die türkischen Sprache nicht nur die lateinische Schrift eingeführt und damit das arabische (osmanische) abgelöst, sondern gleichzeitig das Startzeichen für eine Bereinigung der türkischen Sprache von Fremdwörtern gegeben. Dazu wurde so etwas wie eine "Dudengesellschaft" (Türk Dil Kurumu) ins Leben gerufen. Die Aufgabe hier war es, archaische Begriffe durch moderne Ausdrücke zu ersetzen. Dabei ist es zu vollkommen neuen Wortschöpfungen gekommen. Ein großer Teil dieser Begriffe konnte sich in den letzten Jahrzehnten durchsetzen, nicht zuletzt durch den bewußten Gebrauch dieser Ausdrücke durch die gebildete Oberschicht, die diese Ausdrucksweise gleichzeitig mit Fortschrittsgedanken verbindet. Progressive kann man also in der Türkei zu einem gewissen Teil an dem von ihnen verwandten Vokabular erkennen.
Die Verbotsanordnung zielt also in erster Linie gegen diese 'Fortschrittstendenzen' innerhalb der Instituion. Schon in den Zeitungsmeldungen aber kann man merken, daß unterschiedlich ausgerichtete Zeitungen wiederum mit ganz anderen Begriffen die gleiche Pressemitteilung weitergeben. So benutzt Tercüman für den Begriff Wort, die Vokabel 'kelime' während Cumhuriyet die neuere Vokabel 'sözcük' verwendet. In der Passage, in der es heißt, daß die Verwendung der alten Entsprechungen zwangsläufig erfolgen müsse, wird zwangsläufig von Tercüman in der TRT-Version mit 'mecburi', von Cumhuriyet in der verbotenen Version mit 'zorunlu' wiedergegeben.
Dieser Kampf zwischen den beiden Exponenten, die man als fortschrittlich und konservativ bezechnen könnte, hält auch in den nächsten Tagen in den Kolumnen und Kommentaren von Gästen an. Am 11.01.1985 zitiert Cumhuriyet den ehemaligen Vorsitzenden der Dudengesellschaft, Ömer Asim Aksoy, der herausgefunden hat, daß mindestens 5 Begriffe der im TRT verbotenen Ausdrücke in dem Verfassungstext von 1982 verwendet worden sind. Dazu muß man wissen, daß schon damals eine Diskussion um die Sprache der Verfassung entflammt war, die allerdings angeblich zu Gunsten der alten Begriffe entschieden wurde. Trotzdem hatten die Autoren mit ihren Vokabelwahl bewiesen, daß viele neue Ausdrücke sich einfach durchgesetzt hatten.
Cumhuriyet zitiert am 13.01.1985 noch die Bemerkung des Gouverneurs von Usak, der bei dem Schulnamen 'Frieden' zusammengezucktt sein soll und alle Namen in der Straße überprüfen lassen wollte, da er so 'modernes Zeug' nicht möge. Dabei gibt es für den Begriff Frieden keine alttürkische (osmanische) Entsprechung.
Selbst der Kultusminister Mükerrem Tascioglu meldet sich zu Wort und sagt, daß man lebendige Begriffe nicht verbieten könne. Dennoch wird die Entscheidung nicht zurückgenommen (Cumhuriyet vom 15.01.1985).
In der Tercüman wird die Entscheidung des TRT begrüßt, u.a. mit den Kommentaren: Die Vertreibung des linken Slang aus dem TRT (Ergun Göze am 15.01.85), Diplom in Erfindungen (Ahmet Kabakli am 16.01.85).

SERIE VON MUSTAFA EMEKCI: BÜRGERMEISTER VON AYBASTI

Mustafa Emekci ist ein Kommentator in Cumhuriyet, der in der Regel über (kulturelle) Ereignisse in Ankara berichtet. Er ist dafür bekannt, daß er in hohen politischen Kreisen gute Informationsquellen besitzt. Mit Beginn vom 12.01.1985 hat er ein Ereignis aus der Provinz zu seinem Thema gewählt, daß seiner Meinung nach hohe Brisanz hat, weil es exemplarisch das Demokratieverständnis der neuen Herrscher darlegt.
Es geht um die Bürgermeisterwahl von Aybasti in der Provinz Ordu. Aybasti liegt in unmittelbarer Nähe von Fatsa und wurde vor dem 12.09.1980 ebenfalls mit einer militärischen Operation überrollt. Die Kommunalwahlen vom 25.03.1984 wurden durch den Kandidaten der ANAP, Salih Yaman, gewonnen. Später stellte sich heraus, daß er in einem Prozeß gegen Linke und Rechte aus der Stadt unter Todesstrafe angeklagt gewesen war und schließlich auch verurteilt wurde. Diese Meldung fand sich zwar in der Presse wieder, nicht aber die weiteren Entwicklungen, dies obwohl der Vorsitzende der SODEP, Erdal Inönü bei seiner Reise an die Schwarzmeerküste in einer Pressekonferenz sehr eindringlich auf diesen Fall aufmerksam machte.
Man mag nun das Verhalten der Presse als Selbstzensur interpretieren. Die Notwendigkeit für eine bekannte Persönlichkeit wie Mustafa Emekci, auf diese Vorgänge mit seiner Kolumne aufmerksam machen zu müssen, deutet allerdings darauf hin, daß an solchen Punkten die übliche Funktion der Presse und der Medien nicht ausreichend ausgeübt wird.
In der Kolumne vom 12.01.1985 unter der Überschrift "Die Ziege, die auf die Suche nach dem Wolf ging" erläutert Mustafa Emekci den Hintergrund. Wegen des Mordes an fünf männlichen Mitgliedern der Familie Kocalan, die CHP-ausgerichtet war am 4.9.1980 wurden mehrere Personen in dem erwähnten Prozeß gegen Linke und Rechte angeklagt. Auch gegen Salih Yaman wird die Todesstrafe beantragt, weil er die bewaffnete rechte Bande zu der Straftat angestiftet haben soll. Später fordert der Militärstaatsanwalt zwar nur noch Freispruch, das Gericht entscheidet aber auf eine 20-jährige Haftstrafe. Das Urteil stammt vom 20.06.1984. Bis zu diesem Datum hat Salih Yaman das Amt des Bürgermeisters besetzt, obwohl er schon vorher wegen eines laufenden Verfahrens gar nicht hätte kandidieren dürfen. Da bei den Wahlen Manipulationen durch den Landrat Ridvan Yenisen und den Gendarmeriekommandanten Yilmaz Kuzu betrieben worden sein sollen, werden diese versetzt. Ridvan Yenisen bekommt dabei einen hohen Posten im Innenministerium. Wichtig ist dabei, daß Aybasti eine traditionelle Hochburg der Sozialdemokraten (Linken) war.
Am 14.01.1985 greift M. Emekci das Thema noch einmal auf. Einzelheiten aus den Zeugenvernehmungen zeigen, daß Salih Yaman in den 5-fachen Mord verstrickt ist.
Am 16.01.1985 berichtet er von einem Gespräch mit dem neuen Landrat, der ihm sagt, daß Neuwahlen auf Geheiß des Innenministeriums nicht durchgeführt würden , weil es kein juristisches sondern ein verwaltungsmäßiges Problem sei. Das Bürgermeisteramt wird unterdessen kommissarisch durch einen ANAP-Abgeordneten ausgeführt. Salih Yaman ist nach mehr als einem halben

Jahr immer noch nicht aufzufinden. Vier Abgeordnete der SODEP wurden unterdessen gezwungen, aus dem Stadtparlament zurückzutreten. Demnach gibt es keine Kritik mehr an dem Verfahren in Aybasti.
Am 19.01.1985 berichtet M. Emekci von einer Pressekonferenz des SODEP-Vorsitzenden Erdal Inönü, der noch einmal auf die Vorgänge von Aybasti eingegangen ist. Vertreter des staatlichen Rundfunks und Fernsehens waren erst gar nicht anwesend. Bei anderen Pressekonferenzen der SODEP waren sie zwar erschienen, hatten aber nie darüber berichtet. Auf der Pressekonferenz hat Erdal Inönü noch ein Gegenbeispiel aufgeführt. Ein junges Mädchen wurde trotz bestandener Prüfung nicht in den Schuldienst übernommen, weil man ihrem Vater Verbindungen zu der legalen Arbeiterpartei TIP nachsagte. Er sei wiederholt in dem Parteilokal gesehen worden. Mit diesem Beispiel soll gezeigt werden, in welcher Weise mit unterschiedlichem Maß gemessen wird.
In der Kolumne vom 21.01.1985 beschwert sich M. Emekci darüber, daß die Regierung bisher praktisch nicht reagiert habe. Es seien zwar emsige Aktivitäten zu bemerken, um die Sache zu regeln, aber noch habe es keine Entscheidung gegeben. In Aybasti sei es kaum noch möglich, Cumhuriyet zu finden,weil die Artikel dort 'verschlungen' würden. Offen führt Emekci aus, daß innerhalb der ANAP, sowohl alte AP, MSP als auch MHP'ler seien. Die MHP'ler seien die Vertreter der harten Linie, Sie hätten im Parlament wohl an die 30-40 Sitze und in der Regierung 3-4.
Zusätzlich muß Emekci noch auf eine andere Zensurmeldung aufmerksam machen. Aziz Nesin hat nach tagelangen erfolglosen Gesprächsversuchen mit Ministerpräsident Turgut Özal schließlich eine Pressekonferenz abgehalten und sich darüber beschwert, daß die Gesellschaft der Künstler mit Namen Ekin nicht gegründet werden könne, weil man immer wieder neue bürokratische Hindernisse in den Weg lege. Normalerweise werden Gründungsformalitäten für eine solche Gesellschaft in 2 Wochen abgewickelt, bei den Intellektuellen, die ihre Bücher nicht drucken lassen könne, den Wissenschaftlern, die man von der Uni gewiesen habe und den Produzenten, die bei der TRT nicht unterkommen können, dauere es aber nun schon 4 Monate, in denen das eingelegt Kapital immer weniger wert werde.
Vorläufig zum letzten Mal verweist Mustafa Emekci am 23.01.1985 auf den Vorgang von Aybasti. In diesem Zusammenhang hat sich ein beteiligter Richter zu Wort gemeldet und die Schreibweise einiger Namen korrigiert. Gleichzeitig geht M. Emekci noch einmal auf die Schwierigkeit von Ekin A.S. ein. Diese A.S., was anonyme Gesellschaft bedeute, werde von den Beteiligten bei den Gründungsformalitäten inzwischen immer als Ayse gelesen und es sei doch seltsam , mit welchen fadenscheinigen Argumenten man die Geburt dieser Ayse zu verhindern versuche.
Die Popularität von Mustafa Emekci mag es derzeit noch vehindern, daß man gegen ihn ein Verfahren anstrengt. Trotzdem ist der Mut zu bewundern, Nachrichten zu verbreiten, die in der übrigen Presse unterdrückt werden. Es ist aber auch gleichzeitig ein trauriges Zeichen für die übrige Presse, wenn solche Ereignisse nicht als normale Meldung erscheinen können, tid.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 15.01.1985

Die F-5 Flugzeuge werden Ende des Monats kommen

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß die 14 F-5 Flugzeuge, die von Norwegen und den USA geliefert werden sollen, Ende dieses Monats der türkischen luftwaffe übergeben werden. Wie ein hoher Beamter aus dem US-Verteidigungsministerium des Pentagon mitteilte, werden die vereinbarten 12 F-5 Flugzeuge von Norwegen bis Ende Januar über die NATO der türkischen Luftwaffe zur Verfügung gestellt. Demnach werden die Flugzeuge der NAMSA (Agentur für Waffen- und Materialbeschaffung der NATO) übergeben und dann mit Hilfe der italienischen Gesellschaft Aviano in die Türkei kommen.
Aus der gleichen Quelle verlautete, daß die weiteren 4 F-5 Flugzeuge, die Norwegen abgeben will, nach Portugal gehen sollen. Diese Flugzeuge hatten im letzten Jahr zu einer großen Diskussion geführt. Während Reagan zunächst daran gedacht hatte, sie Griechenland und der Türkei zu übergeben, hatten die Schwierigkeiten mit Griechenland dazu geführt, daß es von der Liste gestrichen wurde. Von den 4 aus den USA kommenden F-5 Flugzeugen waren 2 Ende letzten Jahres übergeben worden. Die restlichen 2 Flugzeuge sollen nun auch Ende Januar übergeben werden.

Hürriyet vom 15.01.1985

Zwei Entwicklungen im Europarat

Während die Kommissionen des Europarates die nächste Sitzungsperiode vom 28.01. bis zum 01.02.1985 vorbereiten, konnte man feststellen, daß die Türkei nicht auf der Tagesordnung steht. Dies wurden von den Verantwortlichen dahingehend erläutert, daß die Türkei sich weiter auf dem Wege zur Demokratie befinde und man die Entwicklung erst abwarten wolle. Auf der anderen Seite kam ein Bericht des niederländischen Abgeordneten Stoffelen in den politischen Ausschuß. In diesem Bericht sind die Entwicklungen seit September des letzten Jahres aufgeführt und es wird gleichzeitig die Frage erhoben, welche Haltung man zu der Minderheitenfrage einnehmen soll.

Tercüman vom 17.01.1985

Zwei Fregatten wurden in Deutschland auf Dock gelegt

Auf der HDW Werft in Kiel wurde eine Fregatte für die türkische Marine auf Dock gelegt. Bei den Feierlichkeiten war der türkische Botschafter in der Bunderepublik, Oktay Iscen und der Kommandant der türkischen Marine, Admiral Zahit Atakan, anwesend. In seiner Rede betonte Atakan, daß dies nun schon das dritte gemeinsame Projekt sei. Die Fregatte werde eine Größe von 200 Meggatonnen haben. Gleichzeitig werde das Projekt des D-N Bootes entschlossen und erfolgreich durchgeführt.
Die Fregatte soll im Jahre 1988 fertiggestellt sein und wird Kosten von 300 Millionen DM verursachen. Auf der HDW Werft arbeiten 5000 Arbeiter, 489 davon türkische Arbeiter.

Tercüman vom 18.01.1985

Der Handel mit dem Iran hat 3 Milliarden Dollar erreicht

Unter der Leitung des Ministers für Schwerindustrie des Iran, Behzad Nabavi ist eine 92-köpfige Delegation aus dem Iran in Ankara eingetroffen. 32 dieser Personen sind Käufer. Die Delegation wird sich drei Tage in der Türkei aufhalten und dabei das Protokoll von 1984 überprüfen und gleichzeitig neue Richtwerte für 1985 vereinbaren. Demnach wird im Jahre 1985 damit gerechnet, daß der

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

Handel der Türkei mit dem Iran eine Größenordnung von 3 Milliarden Dollar erreichen wird.

Tercüman vom 20.01.1985

Wir haben 3 Millionen Dollar als Kreditstrafe bezahlt

Da ein Kredit der Weltbank in Höhe von 85 Millionen Dollar seit dem Jahre 1979 nicht in Anspruch genommen wurde, haben wir 3 Millionen Dollar Garantiestrafe bezahlen müssen. Um das Siloprojekt doch noch in Gang zu bringen hat die Weltbank eine Reihe von Gesprächen mit den betroffenen Institutionen angekündigt.

Tercüman vom 21.01.1985

Der Export in den Irak hat sich auf einer Rekordstufe erhöht

Von dem Staatssekretariat für Haushalt und Außenhandel wurden die Exportwerte für die letzten 11 Monate veröffentlicht. Demnach sind die Exporte in den Irak um den höchsten Anteil gestiegen. Der Irak wird von Saudi-Arabien und Ägypten gefolgt. Der Export in die Bundesrepublik stieg in dem gleichen Zeitraum auf 1 Milliarde, 173 Millionen, 810 Dollar an.
Export in Millionen Dollar:

	1983	1984
Irak	259.656	793.714
Ägypten	62.466	129.716
Saudi-Arabien	317.586	323.566

Milliyet vom 23.01.1985

Der Iran wird Aktionen gegen die Türkei nicht erlauben

Die Delegationen unter Leitung des iranischen Ministerpräsidenten Mir Hüseyin Musevi und Ministerpräsident Turgut Özal haben gestern früh mit ihren Unterredungen begonnen. Bei Eröffnung der Sitzung gaben beide Ministerpräsidenten keine Stellungnahme vor der Presse ab. In der eineinhakbstündigen Sitzung am Morgen wurde erneut betont, daß beide Länder keine Art von feindlichen Aktionen dulden werden, die die Gebiete der Länder bedrohen. Neben Handelsbeziehungen wurde auch über einen industriellen Austausch gesprochen. Der Handelsumfang soll in diesem Jahr auf drei Milliarden Dollar ansteigen. Nach den Gesprächen gab Staatspräsident Kenan Evren gegen 17 Uhr einen Empfang für die iranische Delegation.

Tercüman vom 25.01.1985

Flört der ANAP mit der CDU

Anläßlich des Besuches des Arbeitsministers Mustafa Kalemli und des Staatsministers Mesut Yilmaz wurde eine formelle Einladung an Bunddeskanzler Kohl von Ministerpräsident Turgut Özal übergeben. Dies wird von gut unterrichteten Kreisen als Beginn eines Flörtes zwischen der ANAP und der CDU interpretiert. In dem Schreiben von Özal ist die Rede von einer zu errichtenden Einheit zwischen der Unionspartei und der ANAP. Diese Ansicht wird allgemein auch von den CDU-Politikern geteilt. In diesem Zusammenhang wurde es auch als besonderes Zeichen gewertet, daß die ersten Gespräche der beiden Minister im Konrad Adenauer Haus stattgefunden haben.
In einer Ansprache des Staatsministers Mesut Yilmaz an Arbeiter in Hannover erwähnte er, daß Turgut Özal bei seinem letzten Besuch die Zusage von Hilfe erhalten habe. Im Jahre 1985 habe man aber wiederum den Exprt von Textilwaren aus der Türkei behindert. Aus diesem Grund werde nun der Weg über eine Freundschaft zwischen den Parteien gesucht. Der stellvertretende Vorsitzende der Vaterlandspartei, Mehmet Kececiler, sei beauftragt worden, die notwendigen Wege dazu zu erkunden. Es werde allgemein befürwortet, daß auch die anderen Parteien in der Türkei versuchen sollten, freundschaftliche Beziehungen zu Parteien in der Bundesrepublik aufzubauen, damit über diesen Kanal eine Hilfe zu erreichen sei.
Mesut Yilmaz ging auf einige Beschwerden der türkischen Arbeitnehmer ein und versprach Abhilfe zu schaffen. Als eines der Hauptprobleme wurde von ihm die hohe Gebühr bei den Konsulaten erwähnt.

VERWENDETE PUBLIKATIONEN

Der Zensurmechanismus in der Türkei (informelle und Selbstzensur) hat die ideologischen Unterschiede der Zeitungen verwischt. Dennoch gibt es Differenzen, die sich in tendenziöser Berichterstattung oder kommentierenden Kolumnen wiederspiegeln. Wenn auch in begrenztem Ausmaße, so übersetzen wie derartige Artikel zur Illustrierung der Meinungen in den türkischen Medien. Eine globale Einordnung der von uns ausgewerteten Presseorgane ergibt folgendes Bild:

Cumhuriyet	Türkeiausgabe, liberal
Tercüman	Deutschlandausgabe, konservativ
Milliyet, Hürriyet	Deutschlandausgabe, Regenbogenpresse, erstere etwas ernsthafter
Nokta	Wochenmagazin, türkische 'Spiegel'
WDR IV	40-minütige 'Gastarbeiter'sendung, täglich

IMPRESSUM
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate: 20,- DM; 1 Jahr: 40,- DM
Kündigungsfrist: Spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Zahlungen nur nach Erhalt einer Rechnung auf eines der folgenden Konten:
Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford - Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der Türkei - Infodienst erscheint 14-tägig